

**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und
Gesundheit**

Es informiert Sie	Anita Kretschmer
Telefon (0202)	563 22 24
Fax (0202)	563 80 15
E-Mail	anita.kretschmer@stadt.wuppertal.de
Datum	28.04.04

Niederschrift

über die öffentliche des Ausschusses Soziales und Gesundheit (SI/1537/04) am 28.04.2004

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Arnold Norkowsky ,

von der CDU-Fraktion

Herr Prof.Dr. Helmut Brunner, Herr Horst Hombrecher, Herr Theodoros Olymos, Herr Günter Pott

von der SPD-Fraktion

Herr Jörg Blume , Herr Andreas Mucke , Frau Christa Stuhldreiter , Herr Hans Jürgen Vitenius

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette

von der FDP-Fraktion

Frau Brigitte-Marcella Panetta-Jung

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Herr Michael Hohagen

von der Ratsgruppe DIE GRAUEN

Frau Christa Aulenbacher

Ausländerbeirat

Herr Frederick Mann

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens, Herr Reinhard Fliege, Herr Dr. Martin Hamburger, Frau Bärbel Hoffmann, Frau Barbara Hüppe, Herr Ulrich Ippendorf

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kühn, Herr Jürgen Lemmer, Herr Thomas Lenz, Herr Dr. Joerg Rieger, Frau Katja Rosenkranz, Frau Charlotte Dahlheim, Frau Marianne Krautmacher, Herr Uwe Temme, Herr Hans-Peter Stein, Frau Sybille Ackermann, Frau Heidrun Weuster, Herr Wolfgang Demmer

Schriftführerin

Frau Anita Kretschmer ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Haushaltsplan 2004/2005

1.1 Ergebnisse der Beratungen über den Haushaltsplan 2004/2005 im Rat der Stadt Vorlage: VO/2820/04

Zur Einsparungen im Bereich der Betreuungspauschale für Kontingentflüchtlinge an freie Träger i. H. v. 40 T € sprechen sich die Ausschussmitglieder dafür aus, dass die Verwaltung eine Vorlage zur nächsten Sitzung vorlegt.

Es gibt eine lange Diskussion zwischen Vertretern aller Fraktionen, den Vertretern der Wohlfahrtspflege und der Verwaltung angesichts der Beschlusslage zum Haushalt im Rat der Stadt zu Einsparungen bei der Zuschussgewährung i. H. v. 750 T€, bzw. 1,5 Mio € ab 2006, ohne Aussage zu Einsparvorgaben im Sozialbereich. Letztlich wird deutlich, dass es zur nächsten Sitzung des Ausschusses, der letzten in dieser Legislaturperiode, keine Vorschläge oder Berichte der Verwaltung geben kann.

Entgegennahme ohne Beschluss.

1.2 Pauschale Darstellung von Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich verhindern Flexibilität auch unter gedeckelten Ansätzen bieten Begleit Antrag zu Drs.: VO/2619/04 Weitere Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltsplanentwurf 2004/2005 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.03.2004. Vorlage: VO/2776/04

Stv. Ramette erklärt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, dass der Antrag aufgrund der Beschlüsse des Rates zum Haushalt in der Sache als erledigt angesehen werden kann.

2 Entgegennahmen ohne Beschluss

2.1 Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht 2003/2004 Vorlage: VO/2730/04

Entgegennahme ohne Beschluss.

2.2 Veränderung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraumes zugunsten der Wochenenden Vorlage: VO/2745/04

Entgegennahme ohne Beschluss.

2.3 Kennzahlen der Sozialhilfe (Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt) 4. Quartal 2003 Vorlage: VO/2806/04

Entgegennahme ohne Beschluss.

2.4 Kennzahlen der Jugendhilfe (Eckdaten der Hilfen zur Erziehung im Ressort 201) 4. Quartal 2003
Vorlage: VO/2803/04

Entgegennahme ohne Beschluss.

2.5 Kennzahlen der Beistandschaft (Eckdaten des Fachreichs Unterhalt im Ressort 201) 4. Quartal 2004
Vorlage: VO/2804/04

Entgegennahme ohne Beschluss.

2.6 Kennzahlen der Heranziehung (Eckdaten des Fachbereichsunterhalt - Ressort 201) 4. Quartal 2003
Vorlage: VO/2807/04

Entgegennahme ohne Beschluss.

2.7 Kommunalwahl 2004 - Bildung eines Migrationsausschusses
Vorlage: VO/2818/04

Der Vorsitzende informiert darüber, dass sich die Fraktionen darüber einig sind, in der nächsten Sitzung des Rates die Bildung eines Migrationsausschusses zu beschließen.

Entgegennahme ohne Beschluss.

3 Zigarettenautomat in der Nähe des Carl-Duisberg-Gymnasiums
Vorlage: VO/2759/04

Beig Dr. Kühn informiert darüber, dass der in der Anfrage angesprochene Zigarettenautomat auf Privatgrund positioniert worden ist. Nach Abstimmung mit dem zuständigen Fachressort ist in diesem Fall ein Einschreiten der Verwaltung rechtlich nicht möglich.

Auf Anfrage erklärt er, dass es eine Liste zu Standorten von Zigarettenautomaten gibt. Es wird geklärt, ob die Liste den Fraktionen zu Information zur Verfügung gestellt werden kann.

Zu den Fragen 3 und 4 der Anfrage wird die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses Stellung nehmen.

4 Berufliche Förderung der Integrationsjugendlichen
Vorlage: VO/2895/04

Es besteht Einvernehmen darüber, dass der Antrag als eingebracht gilt, aber erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses mit einer Vorlage der Verwaltung beraten werden soll.

5 Aktueller Sachstand Hartz IV, mündlicher Bericht

Herr Lenz informiert über den Diskussions- und Sachstand zu den Vorschlägen aus Hartz IV. In Wuppertal geht die Tendenz zum Model einer Arbeitsgemeinschaft mit dem örtlichen Träger der Agentur für Arbeit. Gespräche und Verhandlungen sind aufgenommen worden. Im Mai werden die Freien Träger als Träger von Maßnahmen in die Gespräche einbezogen. Das Ziel ist, in der nächsten Sitzung des Ausschusses eine Vorlage zur Vorberatung und für die Junisitzung des Rates zur Entscheidung vorzulegen. Auch dann bleibt die geforderte organisatorische Umsetzung zum 01.01.2005 eine riesige Herausforderung.

6 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Beig. Dr. Kühn informiert darüber, dass die Verwaltung den Auftrag des Ausschusses, verstärkt Werbung für das „Freiwillige Soziale Jahr“ und das „Freiwillige Ökologische Jahr“ zu machen nachgekommen ist. Alle weiterführenden Schulen und Jugendeinrichtungen der Stadt sind angeschrieben und über die Ansprechpartner in der Region informiert worden. Gleichzeitig wurde ausreichend Informationsmaterial des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend zu diesem Thema an die Schulen, die Schülerinnen und Schüler verteilt.

7 Wünsche und Anregungen

Herr Prof. Brunner erinnert an die Beschlussfassung im Ausschuss Soziales und Gesundheit zur Spritzenvergabe in der JVA und zu flankierenden Maßnahmen. Herr Beig. Dr. Kühn macht deutlich, dass trotz der gefassten Resolution die Initiative sowohl was die Spritzenvergabe als auch die flankierende Maßnahmen angeht, ins Leere gelaufen ist.

Arnold Norkowsky
Vorsitzender

Anita Kretschmer
Schriftführerin